



■ schulnotizen

Positionen zu Schule, Bildung und Gesellschaft

SLV: Kehlerstraße 22a, 6900 Bregenz; Druckerei Wenin, Dornbirn; Verlagspostamt Hohenems, P.b.b. GZ 02Z033923 M



Free LehrerInnen
FSG-Unabhängige - SLV - VLI

- Schwieriger Spracherwerb
- Wenn LehrerInnen reisen
- Führungswechsel im Zentrallausschuss
- Eine „fast geile“ Bildungsreform

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

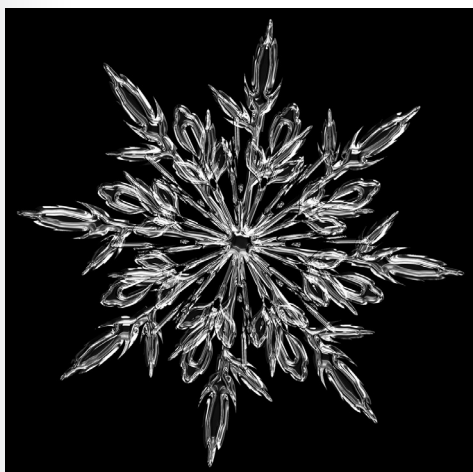
die erst **kürzlich vorgestellte Bildungsreform** jetzt schon genauestens zu analysieren, ist eigentlich vergebliche Liebesmüh, denn etwas ist klar: Der Teufel liegt bekanntlich im Detail, hier also im noch nicht präsentierten Gesetz. Wir werden diese Bildungsreform natürlich auch dahingehend betrachten, ob es sich um ein verstecktes Sparpaket handelt. Die Befürchtung ist nicht unbegründet, denn immerhin kennen wir alle die finanzielle Unterdotierung des Bildungsministeriums.

Mit dem neuen Jahr 2017 ändert sich bei den Freien LehrerInnen einiges: Nachdem **Armin Roßbacher** Ende dieses Jahres nach 13 Jahren im Zentralausschuss in den wohlverdienten Ruhestand tritt, folgt ihm **Willi Witzemann** als neuer Vorsitzender der LehrerInnenpersonalvertretung nach. Wir berichten darüber auf den Seiten 11 bis 13.

Kürzlich war das **Bildungsinvestitionsgesetz** in Begutachtung. Dabei geht es um die zusätzlichen 750 Millionen Euro für den Ausbau von Ganztageschulen und die Betreuung in den Ferienzeiten. In den Erläuterungen zum Gesetz werden neben pädagogischem Unterstützungspersonal auch LehrerInnen genannt. In einer Presseaussendung stellt das Ministerium jedoch klar: „Primär sollen dafür FreizeitpädagogInnen und ErzieherInnen eingesetzt werden, Lehrpersonen nur nach Vereinbarung.“ Deren verpflichtende Heranziehung sei auch aufgrund des Dienstrechts gar nicht möglich. Die Gewerkschaft wird wachsam bleiben.

So, und jetzt wünschen wir allen Vorarlberger KollegInnen in den Pflichtschulen **eine erholsame und friedliche Weihnachtszeit und einen guten Rutsch ins Jahr 2017**. Wir brauchen die Erholung, denn das nächste Jahr bringt sicherlich wieder viel Unerwartetes.

Die Redaktion



- 3 Garys Nadelstiche**
- 4 Zwischen Türkisch und Deutsch**
- 5 Kritische Sichtweise zu Religionen**
- 6 Helsinki und Tallinn**
- 7 Infos für den Schulalltag -**
- 8 Infos für den Schulalltag -**
- 9 Infos für den Schulalltag -**
- 10 Sie fragen, wir antworten**
- 11 Personalia I**
- 12 Armin Roßbacher verabschiedet sich**
- 13 Personalia II**
- 14 Gastkommentar von NAbg. Harald Walser**
- 15 SLV-Linien**
- 16 Werbung**

Impressum

Medieninhaber, Herausgeber und Verleger:

Sozialistischer Lehrerverein Vorarlberg,
Vorsitzender: Willi Schneider,
Kehlerstraße 22a, 6900 Bregenz

Verantwortliche Redakteure:

Armin Roßbacher, Gerhard Unterkofler

Mitarbeiter dieser Ausgabe:

Ümran Sen, Willi Schneider, Harald Walser,
Willi Witzemann

Layout: Franz Bickel

Druck und Herstellung:

Druckerei Wenin, Dornbirn

Die **schulnotizen** sind ein Diskussionsorgan. Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht vollinhaltlich der Blattlinie bzw. der Meinung der Freien LehrerInnen entsprechen.

E-Mail: schulnotizen@hotmail.com

Homepage: www.freielehrer.at

Facebook: Freie LehrerInnen



Garys Nadelstiche

Gerhard Unterkofler (unterkofler.gerhard@aon.at)

CHANCENINDEX

Wann kommt endlich der Chancenindex, also die bedarfsgerechte Ressourcenzuteilung? In der Bildungsreform steht jedenfalls nichts davon, und auch bei den Finanzausgleichsverhandlungen zwischen den Ländern und dem Finanzminister spielte dieses Thema keine Rolle. Schade, denn ein solcher Chancenindex (früher als Sozialindex bezeichnet) hat zur Folge, dass die Finanzierung von Schulen bzw. die Finanzierung bestimmter Aufgaben an Schulen anhand von Faktoren wie Bildungsstand, Beruf und Einkommen von Eltern bzw. Migrationshintergrund und anderer Erst- bzw. Umgangssprache als Deutsch erfolgt.

Schon die Armutskonferenz setzte sich für eine solche Mittelzuweisung ein. Auch die Arbeiterkammer Wien fordert eine Schulfinanzierung nach einem Chancenindex.

Finanzminister Schelling (ÖVP) hat erst vor kurzem dem Unterrichtsministerium die Ressourcenvergabe nach einem Chancenindex aus der Bildungsreform gestrichen. Löblich ist, dass Bildungsministerin Sonja Hammerschmid (SPÖ) nicht locker lässt und erst kürzlich wieder mehr zusätzliche

BM Schelling gibt kein zusätzliches Geld für den Chancenindex!

Ressourcen für Schulen mit besonderen Bedürfnissen verlangt hat.

BRIEF AN HAMMERSCHMID

Noch immer gibt es keine Möglichkeit für Lehrpersonen, die vor dem 1.9.2014 zu unterrichten begonnen haben, das neue Dienstrecht zu wählen. Dies ist eine Ungleichbehandlung von LehrInnen trotz gleicher Ausbildung. Nach der Pflichtschullehrergewerkschaft in Vorarlberg hat nun auch der Bundeskongress der GÖD diese Forderung einstimmig verabschiedet. Jetzt muss darüber nur noch erfolgreich mit dem Ministerium verhandelt werden. Ich habe außerdem einen Brief an die Bildungsministerin geschrieben, in dem ich nochmals auf diese Ungerechtigkeit aufmerksam mache.

GANZTAGESSCHULE

Der Ausbau der Ganztagesklassen und Ganztageseschulen ist für die FSG-Pflichtschulgewerkschafter beson-

ders wichtig. Wir treten für die Förderung der Ganztageseschulen mit verschränkter Form des Unterrichts ein, wo sich also Unterricht und Erholungsphasen abwechseln. Schade ist, dass sich die schwarze Mehrheitsfraktion (FCG) in der österreichischen Pflichtschullehrrergewerkschaft erst kürzlich sehr negativ zu dieser pädagogisch sinnvollen Form einer Ganztageseschule geäußert hat.

Verschränkte Form der Ganztageseschule ist pädagogisch sinnvoll.

Was wir aber immer beachten müssen: Unsere Lehrpersonen dürfen dabei nicht an die Grenze der Belastbarkeit kommen. Unsere PädagogInnen machen eine ausgezeichnete Arbeit und sind es gewohnt, in der Schule gesellschaftliche Defizite auszugleichen und Probleme zu lösen. Doch sie können neben ihren zahlreichen schulischen Aufgaben nicht auch noch für die vermehrte Freizeit- und Lernbetreuung eingesetzt werden. Wer das will, setzt über kurz oder lang die Gesundheit der LehrerInnen aufs Spiel. Ich appelliere deshalb schon lange an die verantwortlichen PolitikerInnen, endlich die Ausbildung von Erziehern, Hortpädagogen und Freizeitpädagogen zu fördern und für deren komplikationslose Anstellung zu sorgen. Dies ist besonders auch im Hinblick auf den zukünftigen LehrerInnenmangel dringend notwendig, denn die Studierendenzahlen an der PH Vorarlberg sind ja dramatisch eingebrochen. Der Zentralausschuss wird sich außerdem mit der Schulaufsicht zusammensetzen und dafür eintreten, dass in Maturaklassen wieder für den LehrerInnenberuf geworben wird.

HASSPOSTINGS AUF FACEBOOK

Hasspostings kennt fast jeder, der sich in den sozialen Netzwerken die Zeit vertreibt. Letzthin hat auf Facebook eine Vorarlberger Dame aufgerufen, eine grüne Politikerin in Deutschland zu erschießen. Ich habe diesen Eintrag sofort Facebook gemeldet. Kommentar von Facebook: „Der von ihnen gemeldete Kommentar wurde geprüft und festgestellt, dass er nicht gegen unsere Gemeinschaftsstandards verstößt.“ Ich fasse es nicht! Aber einen nackten Busen hätte Facebook in null Komma nichts gelöscht.



Zwischen türkischem und deutschem Sprachgebrauch

Ümran Sen, Lehrerin an der MS Lustenau Kirchdorf (umran_sen@hotmail.com)

„Deine Eltern sprechen sehr gut Deutsch. Warum haben sie es dir nicht richtig beigebracht?“ Diese Frage bekommen viele türkisch-stämmige Kinder in der Schule zu hören. Viele Eltern können tatsächlich gut Deutsch sprechen, sie können sogar den Dialekt gut anwenden. Dafür haben sie jedoch viele Jahre Übung gebraucht.

Vor einigen Jahrzehnten, als das Handy, die türkischen Fernsehsender und die türkischen (Jugend-) Vereine noch nicht so ein großes Freizeitangebot boten und die Kinder noch gemeinsam auf der Straße spielten, in Zeiten, in denen es noch selten türkisch-stämmige Ärzte, Lehrpersonen, Beamte oder Verkäufer gab, musste Türkisch mehr oder weniger selbst gelernt werden. Auch wenn viel Zeit in der eigenen Community verbracht wurde, irgendwann war man auf sich gestellt und musste sich ausdrücken können.

In der Schule konnten die Kinder dem Unterricht irgendwie folgen. Wirklich erfolgreich waren jedoch ziemlich wenige, denn das Deutsch, das in den Büchern stand und beigebracht wurde, wurde im Alltag nicht wirklich angewendet.

Die Eltern können ihre Deutschkenntnisse nicht so leicht an die Kinder weitergeben, weil sie oft selber gar nicht mehr wissen, wie sie es gelernt haben - außer beide Elternteile gebrauchen die Sprache zuhause. Somit ist es einfacher für sie, diese Aufgabe dem Kindergarten oder der Schule zu zuweisen. Das geschulte Personal wird schon wissen, wie man eine Sprache beibringt.

Leichter fällt es den Eltern, ihren Kindern die Muttersprache – Türkisch – beizubringen, weil wahrscheinlich die ganze Familie Türkisch spricht. Nur ist die gelernte Muttersprache oftmals auch grammatikalisch nicht richtig erworben worden. So werden die Kinder zu Anfängern in beiden Sprachen.

Psychologen behaupten, dass, wenn man in der Muttersprache eine gute Basis gebildet hat, es

leichter ist, beliebig viele Sprache dazuzulernen. Meiner Meinung nach stimmt das so nicht. Wenn die Basis der ersten und der zweiten Sprache nicht gleich bzw. ähnlich ist, können sie nicht aufeinander aufgebaut werden. Türkisch hat nämlich überhaupt keine grammatikalischen Ähnlichkeiten mit Deutsch.

Die sprachlichen Differenzen führen bei Kindern oft dazu, dass sie in der Schule negativ auffallen. Nicht weil sie bössartig sind, sondern vielmehr, weil sie an ihre Grenzen stoßen und merken, dass sie nicht weiterkommen. Sie können sich selber nicht mitteilen, aber auch die anderen nicht wirklich verstehen.

Der Besitz von zwei halben „Werkzeugen“ bedeutet ein wirkliches Problem.

Eine Sprache dient nicht nur der interpersonalen Kommunikation, sondern auch der Kulturvermittlung. Jede Kultur bedeutet eine eigene Welt. Nicht jedes Kind schafft es, sich in beiden Welten konform zu verhalten.

Doch Menschen sind soziale Wesen. Sie wollen dazugehören! Nur wie,

- mit zwei halbfertigen Sprachen,
- mit einem halbfertigen Kulturwissen,
- in zwei unterschiedlichen Lebensräumen?



Foto: brit_berlin_pixelio

Dazu kommen die Ängste der Eltern: die Angst, in Österreich verlorenzugehen, weil sie sich hier immer noch nicht zuhause fühlen. Ihnen wurde nämlich beigebracht, dass sie gar nicht hierher gehören, sondern nur zu Gast sind. Irgendwann werden sie zurückgehen müssen bzw. zurückgeschickt. Deshalb blieb der Draht zur Türkei immer vorhanden. In den Ferien wurden dort die Heimat und die Verwandtschaft besucht, mit dem Ziel, die Verbindung nicht abreißen zu lassen.

Die neue Generation hat nicht mehr so ein starkes Bindungsgefühl zur „Heimat“. Der Vater ist nämlich nicht in der Türkei geboren bzw. der Großvater

„Die neue Generation hat nicht mehr so ein starkes Bindungsgefühl zur ‚Heimat‘.“

ist auch schon ein österreichischer Staatsbürger geworden. So hat der Begriff „Vaterland“ für sie weniger bzw. keine Bedeutung mehr. Auf Grund ihrer Herkunft wird ihnen

jedoch bei jeder Gelegenheit klar gemacht, dass sie einen Migrationshintergrund haben und eigentlich zu den Ausländern gehören.

Zu diesem Gefühl wird dann noch eine Menge konservierte Mentalität beigemischt. Konservierte Mentalität bedeutet Folgendes: die Türken, die in den 70er- Jahren nach Europa gekommen sind, haben ihre Mentalität so verändert, dass sie damit hier in der Fremde überleben konnten. Diese Mentalität ähnelt zwar der des Herkunftslandes, wurde aber den Umständen, in denen sie nun leben werden, angepasst. Diese „neue“ Kultur wurde dann den Kindern weitergegeben. Während sich die Menschen in der Türkei weiterentwickelten und sich somit auch ihre

Mentalität veränderte, blieb die der hiesigen Türken kaum verändert. Auch einer der Gründe, warum die Austro-Türken sich in der Türkei genauso fremd fühlen wie hier in Österreich.

Dies führt zu Gruppenbildungen. Leute, die die ähnliche Einstellung haben, finden sich schnell zusammen. Dann wird dem Alleinsein ein Ende gesetzt. Ein Gemeinschaftsgefühl gibt Halt und Kraft – in allen Altersgruppen.

Die Schule sollte in solchen Fällen kein weiterer fremder Ort für die Kinder sein. Diese Kinder müssen spüren, dass sie nicht schuld daran sind, wie sie sind bzw. wie ihre Eltern sind. Sie sollen die Wichtigkeit des Spracherwerbs erkennen können, um endlich weiterzukommen. Es ist nicht unmöglich, sich aus dem „Teufelskreis“ zu befreien. Dafür gibt es genügend Beispiele.

Eine Erziehungswissenschaftlerin aus Oberösterreich meinte dazu: „Die Eltern sind ein soziopolitisches Problem, das die Schule nicht lösen kann.“

„Es ist nicht unmöglich, sich aus dem Teufelskreis zu befreien.“

KRITISCHE SICHTWEISE VON RELIGIONEN

Wir kennen den Fall einer Lehrerin, die zu Unrecht beschuldigt wurde, strafrechtliche Aussagen über den Propheten Mohammed getätigt zu haben. Selbst Vertreter des türkischen Konsulats pilgerten zur Schullandesrätin, bauten Druck auf und forderten Maßnahmen. In der Zwischenzeit hat die Staatsanwaltschaft den Fall niedergelegt. Einfacher gesagt: Es handelte sich um haltlose Anschuldigungen.

Als Lehrgewerkschafter möchte ich allerdings grundsätzlich zum Thema „Weltreligionen im Unterricht“ Stellung nehmen: Österreichische Lehrer haben die Schüler zu kritischen Menschen zu erziehen. Dazu gehört beim Thema Weltreligionen auch eine kritische Sichtweise gegenüber den Religionsgründern und den Auswirkungen der Religionen in der Vergangenheit und Gegenwart.

Lehrpersonen haben etwa in Geschichte beim Thema Weltreligionen keine Glaubensinhalte zu vermitteln, sondern wissenschaftliche Erkenntnisse zu unterrichten. Religiöse Glaubensinhalte hingegen gehören in den konfessionellen Religionsunterricht.

Deshalb darf eine Lehrperson natürlich erwähnen, dass manche überlieferte Handlungen von Religionsgründern und Kirchenvertretern in der heutigen Zeit strafbar wären. Negative Seiten über das Leben von Mohammed oder den Islam gehören selbstverständlich auch zum Inhalt eines kritischen Unterrichts, ohne dabei beleidigend zu werden.

Diese kritische Sichtweise ist beim Christentum ganz selbstverständlich (Ablasshandel, Kreuzzüge, Hexenverbrennungen) und daran haben sich eigentlich alle gewöhnt. Ich habe jedenfalls die Weltreligionen immer kritisch unterrichtet, dem Alter entsprechend und nicht mit missionarischem Eifer. Auch die islamische-gläubige Community wird sich daran gewöhnen müssen. Einschüchterungsversuche, damit LehrerInnen dieser Aufgabe nicht mehr nachkommen, weise ich als Personalvertreter und Gewerkschafter zurück.

Gerhard Unterkofler



LehrerInnenreise nach Helsinki und Tallinn

Willi Witzemann (witzewilli@hotmail.com)

In den Herbstferien startete unsere 23-köpfige Reisegruppe in den frühen Morgenstunden mit dem Transfer zum Flughafen München. Nach einem kurzweiligen Flug erreichten wir unser erstes Ziel, die finnische Hauptstadt.

HELSINKI

Zuerst brachte uns der Bus zu den neu renovierten Markthallen. Hier gab es auch gleich die Möglichkeit, dem leiblichen Wohl zu frönen.

Während einer zweistündigen Stadtrundfahrt lernten wir die bekanntesten Sehenswürdigkeiten Helsinkis kennen: die Felsenkirche, das UNESCO Weltkulturerbe Sibelius-Denkmal oder den Hauptbahnhof, ein architektonisches Meisterwerk.

Am Abend ließen wir uns im Restaurant „Savotta“ von köstlichsten finnischen Spezialitäten verwöhnen.

Am nächsten Morgen stand ein Besuch der Privatschule „Deutsche Schule Helsinki“ (www.dsh.fi) auf dem Programm.

TALLINN

Am Nachmittag ging es dann mit der Fähre weiter nach Tallinn. Vom modernen Hotel „EUROOPA“ aus

machten wir gleich eine nächtliche Entdeckungstour durch die estnische Hauptstadt.

Am nächsten Morgen regnete es in Strömen, doch unsere Reisegruppe zeigte sich sehr wetterfest. Stadtführerin Kathrin brachte uns mit ihrem Wissen die alte und neuere Geschichte der Altstadt näher. Seit 1997 gehört die historische Altstadt Tallinns zum Weltkulturerbe. Die tollen Gassen, der Domberg mit dem Parlament und der Nevskij-Kathedrale oder das Rathaus sind im Sommer Anziehungspunkte tausender Touristen. Nach der geführten Tour konnte man sich in den vielen urigen Cafés der Stadt wieder aufwärmen.

Frühaufsteher erlebten Tallinn dann am nächsten Morgen noch bei herrlichem Sonnenschein. Um die Mittagszeit trat eine bestens gelaunte Reisegruppe aus 16 verschiedenen Vorarlberger Schulen mit vielen neuen Eindrücken und vor allem auch neuen Bekanntschaften die Heimreise via Frankfurt und München an.

Fotos zur Reise finden sich unter:

<https://goo.gl/photos/J5xyxiagZdYVwtNK8>





FRÜHWARNSYSTEM

(SchUG §19 + §12)

Nicht genügend

Wenn die Leistungen des Schülers auf Grund der bisher erbrachten Leistungen in einem Pflichtgegenstand zum Ende des 1. oder des 2. Semesters mit „Nicht genügend“ zu beurteilen wären, ist dies den Erziehungsberechtigten ab November bzw. ab April unverzüglich mitzuteilen. Damit muss der Klassenvorstand (oder der unterrichtende Lehrer) dem Schüler sowie den Erziehungsberechtigten Gelegenheit zu einem beratenden Gespräch geben. Ziel: Erarbeitung von Fördermaßnahmen zur Vermeidung der negativen Beurteilung.

Leistungen lassen nach

Wenn die Leistungen eines Schülers allgemein oder in einzelnen Unterrichtsgegenständen in besonderer Weise nachlassen, hat der Klassenvorstand (oder der Lehrer des betreffenden Unterrichtsgegenstandes) mit den Erziehungsberechtigten Verbindung aufzunehmen. Ist trotz Frühwarnung im 1. Semester und aller Fördermaßnahmen eine Leistungsbeurteilung mit „Nicht genügend“ im Halbjahr getroffen worden, zählt die erfolgte Frühwarnung auch für das 2. Semester. Eine neuerliche Leistungsverschlechterung nach positiver Halbjahresbeurteilung würde hingegen eine erneute Frühwarnung erfordern.

Neue Mittelschule

Wenn die Leistungen eines Schülers in der 7. und 8. Schulstufe der Neuen Mittelschule in der Vertiefung eines differenzierten Pflichtgegenstandes so stark nachlässt, dass er am Ende des Jahres nur mehr nach den Anforderungen der grundlegenden Allgemeinbildung zu beurteilen wäre, muss dies den Erziehungsberechtigten unverzüglich mitgeteilt werden (+ beratendes Gespräch über Fördermöglichkeiten).






Förderunterricht ...

... stellt eine der grundlegenden Maßnahmen im Sinne des „Frühwarnsystems“ dar. Schüler der 5. und 6. Schulstufe der Neuen Mittelschule sind verpflichtet, in den Gegenständen Deutsch, Mathematik und Lebende Fremdsprache den Förderunterricht zu besuchen, sofern der Bedarf nach einer Förderung von den unterrichtenden Lehrpersonen festgestellt wird. Auf der 7. und 8. Schulstufe dann, wenn der Schüler die Anforderungen im Bereich der grundlegenden Allgemeinbildung nur mangelhaft erfüllt.







HAST DU EINEN RECHTSSCHUTZ?

Die Anforderungen an Lehrpersonen werden immer größer. Fälle der letzten Zeit zeigen, dass eine gewerkschaftliche Unterstützung sehr von Vorteil sein kann:

-  Anschuldigungen seitens der Eltern
-  Verklagen nach Unfällen
-  Schreiben von Anwälten
-  Anzeigen wegen angeblich strafbarem Fehlverhalten
-  Rufschädigung

Genieße eine gewerkschaftliche Unterstützung, denn Gewerkschaftsmitglieder haben **kostenlose Rechtsberatung, unentgeltlichen Rechtsschutz, Unterstützung durch einen Rechtsanwalt sowie eine Berufshaftpflicht- und Berufsrechtsschutzversicherung!**

Des Weiteren bietet die „Gewerkschaft öffentlicher Dienst“:

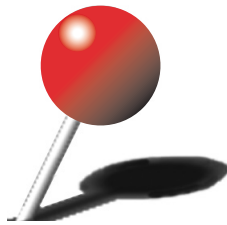
-  Gerichtsgebühren, Barauslagen werden ersetzt oder gegnerische Prozesskosten werden zur Gänze übernommen
-  Vertretung vor Gerichten, Ämtern und Behörden
-  Klagen gegen den Dienstgeber wegen Einstufung, Kündigung, Entlassung, Geldforderungen
-  Hilfe bei Klagen des Dienstgebers gegenüber dem Dienstnehmer wegen Amtshaftungsregress, Organhaftpflicht, Dienstnehmerhaftpflicht

Das Serviceangebot für Mitglieder der GÖD (Gewerkschaft Öffentlicher Dienst) ist aber noch viel größer. **Schick uns einfach ein Mail und du erhältst eine Informationsbroschüre und ein Beitrittsformular!**

Für weitere Informationen:

Willi Witzemann: 0664 / 10 62 65 34 willi.witzemann@vorarlberg.at

Gerhard Unterkofler: 0664 / 73 71 97 92 unterkofler.gerhard@aon.at







Dienstunfall








Was sind Dienstunfälle?

Dienstunfälle sind Unfälle, die sich im örtlichen, zeitlichen und ursächlichen Zusammenhang mit der Berufsausübung ereignen. Dazu gehören auch verpflichtende Fortbildungsveranstaltungen.



Als Dienstunfall gelten auch folgende Wegstrecken:

-  Weg zwischen Wohnung und Dienststelle eines/einer Versicherten
-  Weg zu einem Arzt vor Dienstantritt oder auf dem Heimweg, sofern dem Dienstgeber vorher die Behandlungsstelle bekanntgegeben wurde
-  Weg im Zusammenhang mit der Einnahme von Mahlzeiten während der Arbeitspause sofern diese in der Nähe der Dienststelle erfolgt
-  Weg im Zusammenhang mit dem Bringen/Abholen des Kindes zum Kindergarten/Schule vor Dienstantritt oder auf dem Heimweg

Was tun?

-  Es empfiehlt sich, jeden Unfall in Zusammenhang mit der Berufsausübung zu melden.
-  **Wichtig:** Jeder Unfall, durch den eine versicherte Person getötet oder mehr als drei Tage völlig oder teilweise arbeitsunfähig geworden ist, muss gemeldet werden. Es liegt nicht in der Kompetenz der Schulleitung zu entscheiden, ob ein Unfall als Dienstunfall zu werten ist oder nicht.
-  Meldung durch den Leiter/die Leiterin mittels Formblätter an die BVA-Unfallversicherung (www.bva.at) bzw. an die AUVA (VertragslehrerInnen, die bei der GKK versichert sind, www.auva.at).
-  Damit der Leiter/die Leiterin der Meldepflicht nachkommen kann, muss die Lehrperson den Dienstunfall umgehend dem Leiter/der Leiterin melden.
-  Die Meldefrist beträgt 5 Tage.
-  Eine Kopie der Meldung verbleibt an der Schule.
-  Wird das Verfahren nicht auf diese Weise eingeleitet, kann der Anspruch durch Antrag des Versicherten geltend gemacht werden.

Leistungen der Versicherung:

-  Für Leistungen der Unfallheilbehandlung sind vom Versicherten keine Kostenanteile (Behandlungsbeitrag, Rezeptgebühr sowie Selbstbehalt bei Bezug von Heilbehelfen und Hilfsmitteln) zu entrichten.
-  Die Dienstverhinderung aufgrund eines Dienstunfalls bewirkt bei pragmatisierten Lehrpersonen keine Kürzung des Monatsbezuges. Bei VertragslehrerInnen kann das volle Entgelt bezahlt werden.

Sie fragen, wir antworten.

KÜNDIGUNG WÄHREND DES KINDERKARENZURLAUBS



Ich bin Vertragslehrerin, seit 2001 im Vorarlberger Schuldienst und derzeit im zweiten Jahr des Kinderkarenzurlaubs, der im April 2017 endet. Ich möchte allerdings noch ein Jahr anhängen, um mich um mein Kind kümmern zu können. Jetzt hat mich eine Kollegin informiert, dass ich deswegen Abfertigungsansprüche verlieren würde. Stimmt ihre Aussage? Habe ich mit Nachteilen zu rechnen?



Ja, deine Kollegin hat Recht. Es gibt folgende Möglichkeit für dich: Unter Einhaltung deiner Kündigungsfrist (4 Monate) kündigst du dein Dienstverhältnis per April 2017. Dann hast du Anspruch auf Abfertigung: 15 Jahre Dienstzeit – 6 Monatsgehälter.

Nachteile sind nicht zu erwarten: Du wirst bei der anhaltenden LehrerInnensituation sicher wieder angestellt werden, hast bei einem unbefristeten Vertrag auch keine finanzielle Schlechterstellung zu erwarten und profitierst von der sogenannten Abfertigung neu. § 84 Abs. 4 VBG

JUBILÄUMSZULAGE



Ich habe heute ein Schreiben mit der erfreulichen Mitteilung erhalten, dass ich nach 40 Dienstjahren 4 Monatsgehälter zusätzlich bekomme. Jetzt meine Frage: Ich bin seit vielen Jahren pragmatisiert, allerdings mit reduzierte Lehrverpflichtung. Wie erfolgt die Berechnung der Höhe der Jubiläumszulage?



Für die Berechnung gilt der Monatsbezug, in den das Dienstjubiläum fällt.

Für teilbeschäftigte LehrerInnen wird ebenfalls der volle Monatsbezug zur Berechnung herangezogen.

GG § 20 c (1)

Diese Regelung gilt – leider – nur für pragmatisierte KollegInnen.

SONDERURLAUB FÜR LEITERINNEN



Seit einigen Jahren kann ich als Direktor über die Gewährung von Sonderurlaub bis zu 3 Tagen entscheiden. Wenn ich selbst Sonderurlaub beanspruchen möchte, ist nach wie vor die Schulabteilung zuständig. Jetzt habe ich gehört, dass bei uns LeiterInnen strengere Maßstäbe angelegt werden – stimmt das wirklich?



Diese Aussage haben wir auch schon gehört. Wir PersonalvertreterInnen haben uns allerdings mit Dr. Meusburger, dem Leiter der Schulabteilung, darauf verständigt, dass selbstverständlich für alle KollegInnen im Schuldienst die gleichen Voraussetzungen gelten müssen.

Änderungen im Zentralausschuss

Mit Armin Roßbacher scheidet ein langjähriger Funktionär der Freien LehrerInnen und der Vorsitzende des Zentralausschusses aus dem aktiven Dienst aus. Willi Witzemann, Vorsitzender im DA-Feldkirch, wird neuer Chef der Lehrerververtretung.

PERSONALVERTRETER AUS ÜBERZEUGUNG

Armin Roßbacher war fast 12 Jahre lang Vorsitzender des Zentralausschusses, war maßgeblich am Wahlsieg der Freien LehrerInnen im Jahre 2004 mitbeteiligt und hat über Jahrzehnte die Bildungslandschaft in Vorarlberg mitgeprägt.

Armin wurde 1954 geboren und trat 1979 in den Schuldienst ein. Schon rasch fand er den Weg zum Sozialistischen Lehrerverein und zu den Freien LehrerInnen. Mit dem Jahr 1991 wurde er als Personalvertreter im Bezirk Bludenz tätig und 1999 in den Zentralausschuss gewählt. Nachdem er die großen Lehrerproteste gegen Ministerin Gehrer gemeinsam mit Kollegin Evi Linder anführte, gewannen die Freien LehrerInnen mit ihrem Spitzenkandidaten Armin Roßbacher im Jahre 2004 die Personalvertretungswahl mit beinahe 60 Prozent. Seither ist Armin Vorsitzender des Zentralausschusses und konnte mit seinem Team noch weitere zwei Wahlen gewinnen.

Armins Ratschläge, seine Hilfsbereitschaft und sein Wissen waren weit über die Freien LehrerInnen hinaus geschätzt. Außerdem war es für ihn wichtig, den politischen Mitbewerbern (den Ausdruck politische Gegner vermied Armin tunlichst) in der Personalvertretung anzuhören und mit ihnen ein gutes Verhältnis zu pflegen. Wenn es jedoch nötig war, vermied Armin Auseinandersetzungen nicht. Viele KollegInnen schätzen ihn außerdem als guten Zuhörer. Er wurde von seinen Verhandlungspartnern im Landesschulrat und in der Schulabteilung ernst genommen und hat dementsprechend viel für die Vorarlberger LehrerInnen erreicht. Da Armin ein gutes Arbeitsverhältnis zum langjährigen Schullandesrat Siegi Stemer und später auch zu seiner Nachfolgerin Berna-

Armins Ratschläge, seine Hilfsbereitschaft und sein Wissen waren weit über die Freien LehrerInnen hinaus geschätzt.

dette Mennel hatte, konnten zahlreiche Verbesserungen für die KollegInnen erreicht werden: Spezialpool, Förderung von Gruppen- und Einzelsupervisionen für PflichtschullehrerInnen, die Unterstützung von Schulen mit besonderen Bedingungen oder die Verbesserungen der Bedingungen für LeiterInnen.

Armin wusste bereits früh, dass die öffentlichen Medien auch für Personalvertreter wichtig sind, zahlreiche Berichte in Fernsehen, Radio und Zeitungen beweisen dies. Außerdem organisierte er immer wieder Diskussionsveranstaltungen zum Thema Schule und Bildung. Besonderes Augenmerk legte er dabei auf die Themen Burn-out und die Forderung nach einer Gemeinsamen Schule.



Die Freien LehrerInnen bedanken sich bei Armin für den jahrzehntelangen Einsatz. Danke für die Tätigkeit in den Gremien der Personalvertretung, danke für unzählige Sitzungen, Besprechungen, Beratungen. Die Freien LehrerInnen wünschen Armin für seinen neuen Lebensabschnitt alles Gute und vor allem Gesundheit! (red)



Danke!

Armin Roßbacher (armin.rossbacher@gmx.at)

„Deinen Job könnte ich nie machen! Ständig mit Problemen zu tun zu haben, dauernd mit Konflikten konfrontiert zu sein, sich die Sorgen von Burnout geplagten LehrerInnen anhören zu müssen – nein danke!“ Solche bzw. sehr ähnliche Aussagen habe ich immer wieder gehört.

So habe ich meinen „Job“ als Personalvertreter nie gesehen bzw. empfunden – im Gegenteil. Ich hatte fast immer das Gefühl, an der richtigen Stelle zu sein, das tun zu können, woran ich interessiert war. Natürlich gab es immer wieder die anfangs genannten schwierigen Situationen, aber lange nicht ausschließlich. Eine der Hauptaufgaben eines Personalvertreters besteht in der Information der KollegInnen. Gesetze, Verordnungen, Erlässe etc. gibt es auch im Schulbereich mehr als genug, den Überblick zu bewahren, ist gar nicht immer so einfach.

Was mich an der Tätigkeit eines Personalvertreters immer sehr gereizt hat, war der direkte Kontakt mit Menschen – mit KollegInnen, LeiterInnen, Organen der Schulaufsicht, BeamtInnen der Schulabteilung. Und sehr oft war es auch möglich, eine gewisse Vertrauensbasis zu der Person vor mir herzustellen und sich dem geschilderten Anliegen voll und ganz widmen zu können.

Wenn ich so auf die letzten 12 Jahre zurückblicke, sehe ich in meiner Arbeit vier Schwerpunktbereiche, die mich sehr geprägt haben:

AUSGLEICH DER PV-FRAKTIONEN

Als ich mit meiner Tätigkeit als Personalvertreter begann, war das Verhältnis der beiden Fraktionen sehr gespannt. Gegenseitige Vorwürfe und Misstrauen prägten die Sitzungen, Zusammenarbeit im Sinne der KollegInnen war selten der Fall. Das hat mich persönlich immer sehr belastet und ich war sicher nicht der Einzige.

Als die Freien LehrerInnen 2004 die Mehrheit erreichten, war für meine PV-KollegInnen und mich klar: So machen wir nicht weiter. Auch der politische Mitbewerber war bereit, neue Wege zu beschreiten. An dieser Stelle möchte ich auch einige Personen nennen, die unseren Kurs mittrugen und auch wesentlich gestalteten: An erster Stelle natürlich mein langjähriger Stellvertreter und ZA-Kollege Christoph Wund, mit dem ich eine hervorragende Zusammenarbeit pflegte, viele gemeinsame Veranstaltungen und Initiativen waren die Folge. Aber auch seine Nachfolger, Hannes

Schmid und Andreas Hammerer, suchten den konstruktiven Dialog. Nicht zuletzt auch meine Kollegin, Maria Taferner, die über sehr viele Jahre Mitglied im Zentralausschuss ist.

Heute traue ich mich zu sagen: Wir begegnen uns in den verschiedenen PV-Gremien mit gegenseitiger Wertschätzung und stellen immer die Anliegen der KollegInnen in den Vordergrund. Ein Grund, ein bisschen stolz zu sein.

VERHÄLTNIS ZU LEITERINNEN

Die Rollen von LeiterInnen und PersonalvertreterInnen im Schulsystem sind sehr unterschiedlich, Meinungsverschiedenheiten und Konflikte bleiben dabei nicht aus. Auch LeiterInnen sind ein Teil des Personals und es war mir immer ein Anliegen, auch ihre Perspektive zu sehen und mich für eine Lösung des anstehenden Problems einzusetzen. In vielen (leider nicht in allen) Fällen ist das aus meiner Sicht gelungen. Die ständig zunehmende Arbeitsbelastung für DirektorInnen und das Fehlen von administrativem Unterstützungspersonal waren entscheidend für zwei Leiter-Initiativen. DirektorInnen aus den verschiedenen Schularten erreichten gemeinsam mit der Personalvertretung, dass eine gewisse Entlastung in diesem Bereich stattfinden konnte.

SCHULPOLITIK

Harald Walser verweist in einem Kommentar auf eine Wortmeldung von Johanna Dohnal aus dem Jahr 1974, in der sie sich vorbehaltlos für die Gesamtschule ausspricht. Ich möchte noch ein wenig weiter zurückblicken: Als ich in meiner Ausbildung zum Lehrer mit den Ideen von Otto Glöckel in Kontakt kam, war mir schnell klar: Nur eine gemeinsame Schule für alle SchülerInnen ist eine gerechte Schule und es lohnt sich, dafür zu kämpfen. 2007 war ich Mitinitiator der „Arge Gemeinsame Schule Vorarlberg“, die über Jahre hinweg

„Nur eine gemeinsame Schule für alle SchülerInnen ist eine gerechte Schule.“

den schulpolitischen Diskurs in Vorarlberg mitgeprägt hat. Und wenn heute unser Bundesland im Einsatz für ein besseres Schulsystem in Österreich eine besondere Stellung einnimmt, haben auch wir Anteil daran.

RÜCKHALT IM TEAM

Willi Schneider, Evi Linder, Gerhard Unterkofler, Alice Gensberger, Franz Bickel, Wolfgang Mihatsch, Werner Gerold, Walter Metzler, Martin Türtscher, Walther Flaig, Elke Gartner, Evi Bitschnau-Steurer, Markus Kirchberger, ... waren über viele Jahre MitkämpferInnen für ein gerechtes Schulsystem. Die Freien LehrerInnen waren und sind ein Stück Heimat für mich und als WegbegleiterInnen bei meiner Arbeit als Personalvertreter unersetzbar. Oft notwendige Rückendeckung, mitunter auch kritische, korrigierende Distanz. Ihre Erfahrungen an den verschiedensten Schulstandorten gaben mir

sehr häufig die Chance, die Anliegen der KollegInnen an den Schulen deutlicher wahrzunehmen als aus dem warmen Büro in Bregenz. Für all diese Unterstützung bin ich dankbar – ohne unser Team wäre vieles nicht möglich gewesen.

Meinem Nachfolger, Willi Witzemann, wünsche ich alles Gute für seine neue Aufgabe und wünsche ihm ähnlich große Unterstützung, wie ich sie erleben durfte. Im Jänner 2005 leitete ich die erste ZA-Sitzung als Vorsitzender, Ende November 2016 war meine letzte, insgesamt wurden es 81. Dürres Zahlenmaterial, ich weiß. Zwischen diesen Jahren liegen viele, zum Teil sehr berührende Begegnungen mit den unterschiedlichsten Menschen und ich möchte aus ganzem Herzen schließen mit dem Satz: Es war mir eine große Ehre, für die KollegInnen in Vorarlberg als Personalvertreter tätig sein zu dürfen.

NEUER CHEF IM ZENTRALAUSSCHUSS ...

... wird mit 1. Jänner 2017 Willi Witzemann (Jahrgang 1959) aus Altsch. Er unterrichtet an der Volksschule Götzis-Markt und ist schon seit vielen Jahren begeisterter Personalvertreter im Bezirk Feldkirch, wo er bei der Personalvertretungswahl mit 74 Prozent der Stimmen einen grandiosen Sieg einfuhr. Willi trat 1982 in den Schuldienst ein und ist damit seit mehr als 34 Jahren Lehrer an der VS Götzis-Markt. Neben seiner Tätigkeit als Volksschullehrer und Personalvertreter ist er seit 13 Jahren auch als Busfahrer und Reisebegleiter tätig. Seine Erfahrungen daraus wird er nun bei den Freien LehrerInnen bei den neu ins Leben gerufenen Lehrerreisen einbringen. Seine Hobbys sind Lesen, Reisen und vor allem der SC Rheindorf Altsch. Willis Motto: „Im Leben geht es nicht darum, zu warten, bis das Unwetter vorbeizieht, sondern zu lernen, im Regen zu tanzen.“





Ein Jahr „fast geile“ Bildungsreform – eine Lernfortschrittsdokumentation

Dr. Harald Walser (harald.walser@gruene.at)

Vor einem Jahr wurde sie angekündigt: die lang diskutierte und erwartete Bildungsreform. „Fast geil“ sollte es nach Staatssekretär Harald Mahrer sein, was er mit Ex-Bildungsministerin Gabriele Heinisch-Hosek ausgehandelt und sichtlich fröhlich am 17. November 2015 der versammelten Presse präsentiert hatte. Eigentlich hätten wir schon damals genauer hinhören sollen, denn „fast geil“ ist eben nur „fast“, wie eben „fast Genügend“ real noch immer ein „Nicht genügend“ ist.

Inzwischen wurden einige Reformpakete präsentiert, die differenziert zu betrachten sind. Wie beurteilen wir, die LehrerInnen, das nun, welche Note geben wir denn? Einige Punkte bringen Verbesserungen in unsere Schulen, wesentliche Punkte fehlen noch und in einigen Feldern wurde ein positives Ziel glatt verfehlt. Mit einer Ziffernote ist das, was ausverhandelt wurde, aber nicht beschreibbar.

Vor diesem Problem stehen LehrerInnen fast täglich: Was sagt denn eine einzige Note über die Leistung unserer SchülerInnen aus? Wenig, wie wir aus der Praxis wissen. Daher war der Ansatz in der Bildungsreform auch richtig, die Ziffernote wenigstens in den ersten drei Volksschulklassen abzuschaffen und durch alternative Leistungsbeschreibungen zu ersetzen – wenn es denn die Standorte wollen.

Dieser Tage haben sich allerdings einige VolksschuldirektorInnen die Augen gerieben: Da kam plötzlich eine Verordnung aus dem Bildungsministerium daher, die die Ziffernote wieder durch die Hintertür eingeführt hätte, und das sogar an jenen etwa 2.000 Standorten, die oft schon seit Jahrzehnten darauf verzichtet haben. Die bisherigen fünf Ziffernoten hätten – so sah es die Verordnung vor – durch vorgefertigte Standardformulierungen ersetzt werden sollen. Vorbei wäre es mit der angekündigten Schulautonomie gewesen. Es regte sich breiter Protest, die Verordnung musste so schnell wieder zurückgenommen werden, wie sie kam.

Was passierte da aber im Hintergrund, wie konnte es zu diesem Schildbürgerstreich überhaupt kommen? Aus dem Bildungsministerium war zu hören, die Beschreibung nach Schulnoten sei als Hilfestellung für jene Lehrenden gedacht gewesen, die bislang noch keine Erfahrung mit alternativer Leistungsbeurteilung gemacht haben.¹ Wie bitte? Eine „Hilfestellung“, die auf dem Verordnungsweg daherkommt und alle Volksschulen, nämlich auch jene, die teilweise schon seit Jahrzehnten aussagekräftigere Leistungsbeschrei-

bungen entwickelt und damit gearbeitet haben, an die Kandare genommen hätte?

Es wäre nun angebracht, Ursachenforschung für diesen bildungspolitischen Fehltritt zu betreiben. Das Bildungsministerium hat im Februar Susanne Brandsteidl, die ihren Sessel als Wiener Stadtschulratspräsidentin räumen musste, ins Ministerium geholt: „In dieser Funktion wird sie das Schulautonomie-Paket im Rahmen der Bildungsreform betreuen. Die Aufgaben des Arbeitsplatzes umfassen die Koordination und Begleitung der Implementierung der Schulautonomie im gesamten österreichischen Schulwesen, insbesondere die Beratung der Systemebenen bei der Umsetzung der pädagogischen, lehrplanbezogenen, personellen und finanziellen Aspekte. Aufgrund ihrer langjährigen Erfahrungen und Kenntnisse als Stadtschulratspräsidentin ist Frau Dr.in Brandsteidl für den genannten Arbeitsplatz besonders gut geeignet.“²

Sollte diese Verordnung aus dem Stall von Susanne Brandsteidl gekommen sein, wäre die Frage nach der tatsächlichen Eignung für die ihr zugewiesene Aufgabe zu stellen. Wenn nicht, dann ist zu fragen, worin denn ihre Aufgabe besteht, wenn nicht genau in der Umsetzung von bildungspolitischen Maßnahmen, wie es die schulautonome Abschaffung der Ziffernote darstellt.

Aiso, liebes Ministerium: Schulen entbürokratisieren, ist das Gebot der Stunde. Das musst Du wohl noch lernen. Wir werden Dich dabei beobachten, begleiten und dann zur Beurteilung schreiten – natürlich mit einer Lernfortschrittsdokumentation, damit Du daraus auch wirklich Deine Schlüsse ziehen kannst und die Bildungsreform „voll geil“ wird!

¹ Vgl. http://diepresse.com/home/bildung/schule/5118589/Noten-durch-Hintertur_Ministerium-rudert-zuruck

² http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20160204_OTS0145/susanne-brandsteidl-ueber-nimmt-autonomiepaket-im-bmbf



Keine Gemeinsame Schule

Willi Schneider (wilhelm.schneider@schule.at)

Schwer enttäuschend war das Ergebnis der kürzlich vorgestellten Bildungsreform („Autonomiepaket“), zumindest für alle, die gehofft hatten, dass sich SPÖ und ÖVP auf einen echten Kompromiss in der Frage der Gemeinsamen Schule der 10- bis 14-Jährigen einigen würden. So ein Kompromiss hätte die Möglichkeit der Einrichtung von Modellregionen in ganzen Bundesländern beinhalten müssen. Man hätte einen Aufgabenkatalog mitgeben können, der im Vorhinein abgearbeitet hätte werden müssen, damit die Gemeinsame Schule gut wirksam wird. Vereinbart wurde dagegen, dass in keinem Bundesland mehr als 15 % der Standorte eines bestimmten Schultyps, aber auch nicht mehr als 15% der SchülerInnen eines Schultyps zu einer Modellregion

Aus Sicht der Befürworter einer Gemeinsamen Schule brachten die Verhandlungen keine Verbesserung.

zusammengefasst werden dürfen. Für Vorarlberg bedeutet das, dass nur eine einzige AHS-Unterstufe in einer Modellregion sein darf. Unter Missachtung der

Bedürfnisse der SchülerInnen, Eltern und LehrerInnen an den Pflichtschulen, der Forschungsergebnisse im Land, der internationalen Vergleichsstudien und eines Großteils der Expertenmeinungen haben die Gegner der Gemeinsamen Schule die Bildung von Modellregionen praktisch verhindert.

Wenn der Nationalrat das vorgeschlagene Reformpaket so mit Zweidrittelmehrheit beschließt, wird es in Vorarlberg bis auf weiteres keine Gemeinsame Schule geben und die SchülerInnen werden weiter der Selektion mit 9 ½ Jahren ausgesetzt – mit allen Folgen für Volks- und Mittelschulen.

Trotzdem werden die Vorbereitungen für eine Modellregion Vorarlberg fortgesetzt – gut so! Einige Aufgaben/Fragen, die für die Einführung der Gemeinsamen Schule zu klären sind, bleiben generell offen:

- Wie gehen wir mit SchülerInnen um, für die offener Unterricht nicht zielführend sein kann? Genügt es da, auf das Teamteaching zu setzen? Womöglich in der Form, dass der eine Kollege sich nur noch mit diesem Schüler/dieser Schülerin befassen kann?
- Es muss ein Supportsystem aufgebaut werden, welches es den LehrerInnen wieder ermöglicht, sich auf das Lernen und Lehren zu konzentrieren.
- Regelung der Sprengelfrage: Werden diese womöglich ganz aufgelöst, wie geht man dann mit den negativen Folgen um?

- Wie werden die Volksschulen auf eine Gemeinsame Schule der 10- bis 14-Jährigen vorbereitet? Es soll ja da und dort immer noch „typische Hauptschüler“ und „typische Gymnasiasten“ geben.

WIEDER AUTONOMIE


Mehr pädagogische, organisatorische, personelle und finanzielle Freiräume soll das Autonomiepaket den Schulen bringen. Darin wirkt so manches widersprüchlich, plakativ und nicht zu Ende gedacht.

So sollen die Schulen je nach Schultyp bis zu 33% der Lehrpläne autonom gestalten können, aber die Schulaufsicht kann Verbesserungen einfordern. Für Verwaltungseinheiten ist eine Größe von 200 bis 2500 SchülerInnen anzustreben. Wenn mehrere Standorte gemeinsam geleitet werden (Schulcluster), soll weiterhin jede Schule einen eigenen Schulgemeinschaftsausschuss oder ein Schulforum haben, jährlich einen pädagogischen Qualitätsbericht erstellen, standortspezifische Entwicklungspläne erarbeiten und einen SQA-Prozess durchführen.

Die Öffnungszeiten können von der Schule selbst bestimmt werden. Die Schulleitung kann an schulautonomen Tagen Klausuren für Qualitätsentwicklungsprojekte und Jahresplanungen festlegen. Im Rahmen der personellen Autonomie soll die Schulleitung im Einvernehmen mit der Schulbehörde das Personal auswählen können. Die Anforderungen an die neuangestellten Mitarbeiter werden ausgeschrieben, die Anstellung erfolgt über die Schulbehörde.

Das Schulmanagement – DirektorIn, StellvertreterIn und mittleres Management(?) – wird zu einer eigenen Professionsgruppe (auf 5 Jahre befristet, mit Abberufungsmöglichkeit und automatischer Verlängerung) – ausgestattet mit welchem Dienstrecht?

Die Vorschläge für die finanzielle Autonomie kann ich erst dann beurteilen, wenn sie konkretisiert sind. Insgesamt scheint auf die Schulleitungen einiges zuzukommen, ganz sicher noch mehr Dokumentationsaufwand. Möglicherweise sind die heuer erstmals zu erstellenden Rechtfertigungsberichte (Rückmeldung zu pädagogischen Fördermaßnahmen, ganztägige Schulformen – Schulkonzept) die ersten Fingerübungen dazu. Ganz sicher wird die Anzahl der Bewerbungen für Leiterstellen – äh – „SchulmanagerInnen-Stellen“ sprunghaft in die Höhe schnellen.



Sie fördern
unsere Kinder.

Wir fördern Sie.

Sozialdemokratische GewerkschafterInnen
1010 Wien, Teinfaltstraße 7
Tel: 01/534 54/240, www.goedfsg.at

